

Urnenabstimmung vom 17. Juni 2007
Gutachten und Antrag



**Grundsatzabstimmung und Projektkredit
zur Abklärung der Vereinigung
der Gemeinden Au, Balgach, Berneck,
Diepoldsau und Widnau**



Urnenabstimmung vom 17. Juni 2007

Organisatorisches

Informationsveranstaltungen

Die Gemeinderäte von Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau laden ihre Einwohnerinnen und Einwohner zu Informationsveranstaltungen ein, an denen das Vereinigungsprojekt der fünf Gemeinden erläutert wird. Zudem gibt es viel Zeit für Fragen und Diskussionen. Die Termine:

02. Mai 2007	19.30 Uhr	Diepoldsau, Freihof
03. Mai 2007	20.00 Uhr	Au, Werkhof
08. Mai 2007	20.00 Uhr	Berneck, Restaurant Ochsen
09. Mai 2007	20.15 Uhr	Widnau, Metropol, Widebaumsaal
10. Mai 2007	20.00 Uhr	Balgach, Mehrzweckhalle Riet

Stimmausweis und Stimmzettel

Die Stimmzettel, die Stimmausweise und alle übrigen Stimmunterlagen werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit separater Post zugestellt. Zusätzliche Exemplare der Broschüre «Gutachten und Antrag» können auf den Gemeindeverwaltungen bezogen werden.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	4
Zusammenfassung und Antrag	6
Drei Schritte zu einer gemeinsamen Gemeinde	8
Chancen und Risiken einer gemeinsamen Gemeinde	10
• Die wichtigste Investition in die Zukunft	10
• Lebensqualität dank gemeinsamer Orts- und Verkehrsplanung	12
• Für attraktive Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft	14
• Eine wichtige Investition für Schule und Bildung	16
• Vorsorge für gesunde Finanzen und tiefe Steuern	18
• Auch in Zukunft eine bürgernahe und effiziente Verwaltung	20
• Neue Perspektiven für Kultur, Sport und Freizeit	22
• Sechs Dörfer bilden eine Gemeinde	23
Struktur und Organisation einer gemeinsamen Gemeinde	24
• Eine Gemeinde mit Parlament oder Bürgerversammlung?	24
• Wie viele Gemeinderäte braucht es?	25
• Eine dezentrale oder zentrale Verwaltung?	26
Die Abstimmungsfrage in jeder Gemeinde	27



Vorwort

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Wir bitten Sie, uns den Auftrag zu erteilen, die Vereinigung unserer Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau im Detail abzuklären und einen Vereinigungsbeschluss vorzubereiten. Damit wir diese Aufgabe seriös erfüllen können, bitten wir Sie auch um den dafür notwendigen Projektkredit.

Dieses Projekt ist für unsere Gemeinden von zentraler strategischer Bedeutung. Ja, es ist das wichtigste Vorhaben überhaupt, und zwar sowohl für jede unserer Gemeinden als auch in besonderem Masse für unsere ganze Region. Es geht um die Frage, welche Strategie wir für unsere Zukunft entwickeln. Planen wir einen gemeinsamen Weg oder wählen wir weiterhin den Alleingang? Diese Frage steht seit vielen Jahren so deutlich im Raum, dass die Gemeindebehörden bei vielen Problemen jeweils zwei Lösungsmöglichkeiten erarbeiten müssen. Nämlich eine, bei der von einer Vereinigung ausgegangen wird, und eine, die auf dem Alleingang aufbaut.

Ein Zusammenschluss der 5 Gemeinden wird seit den 1930er-Jahren immer wieder diskutiert. Unsere 5 Gemeinden arbeiten schon lange in vielen Bereichen eng und gut zusammen. In den letzten 20 Jahren haben wir diese Zusammenarbeit laufend intensiviert und auf neue Gebiete ausgedehnt. Denn es zeigte sich deutlich, dass wir viele Aufgabe gemeinsam viel besser lösen können als im Alleingang.

Diese intensive Zusammenarbeit führte dazu, dass sich seit der Jahrtausendwende die 4 Gemeindepräsidenten und die Gemeindepräsidentin regelmässig treffen. Sie beschlossen deshalb zusammen mit den Gemeinderäten, die Frage einer Vereinigung genau zu prüfen und sie durch die Bevölkerung entscheiden zu lassen. Seit dem Sommer 2005 diskutieren die 5 Gemeinderäte, die Schulräte, die Ortsgemeinden, die Gemeindeangestellten, die Lehrpersonen mit der Projektleitung und den externen Fachleuten intensiv über dieses Thema. An zwei Bürgerforen konnten sich interessierte Einwohnerinnen und Einwohner zu einer künftigen gemeinsamen Gemeinde eine Meinung bilden und zusammen mit anderen über deren Ausgestaltung nachdenken. In einem speziellen Bericht hat die Projektleitung die finanzielle Situation jeder Gemeinde aufgearbeitet und die Auswirkungen eines Zusammenschlusses dargestellt. Es zeigte sich im Verlauf dieser Arbeiten deutlich, dass die Chancen eines Zusammenschlusses ungleich grösser sind als die Risiken.

- Die grössten Chancen einer gemeinsamen Gemeinde liegen
- in der gemeinsamen Orts-, Raum- und Verkehrsplanung, die uns ermöglicht, unseren schönen Lebensraum zu bewahren und aufzuwerten,
 - in der Möglichkeit, attraktivere Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen und die vielfältigen Herausforderungen des Schul- und Bildungswesens gemeinsam anzupacken,
 - in der Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes,
 - in den mittel- und langfristigen Finanz- und Steuerperspektiven.

Die Risiken liegen hauptsächlich in der Frage, wie sich eine Vereinigung auf den individuellen Charakter unserer fünf Dörfer auswirkt.

Heute sind noch viele Fragen zu einem künftigen Zusammenschluss unserer 5 Gemeinden offen. Um auf diese Fragen konkrete Antworten zu finden, braucht es vertiefende Analysen. Diese Antworten möchten wir nach einer erfolgreichen Grundsatzabstimmung erarbeiten. Das Gemeindevereinigungs-gesetz des Kantons St.Gallen sieht vor, dass ein Gemeindezusammenschluss in drei Schritten erfolgen soll:

- 1. Grundsatzabstimmung, 17. Juni 2007**
- 2. Vereinigungsbeschluss, Abstimmung Mitte 2010**
- 3. Gemeindeordnung, Abstimmung Ende 2012**

Stimmen Sie jedem Schritt zu, kann die neue Gemeinde frühestens am 1. Januar 2013 entstehen. Diese Etappierung stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger gut in den Prozess eingebunden werden können. Der Zeitraum ist grosszügig genug bemessen, um alle Abklärungen und Entscheidungsfindungen sorgfältig tätigen zu können. Und er ist noch überblickbar, so dass aus dem Vorhaben keine «unendliche Geschichte» wird.

Beim vorliegenden Urnengang geht es aber erst um den ersten Schritt, um die Grundsatzabstimmung:

Mit einem Ja

erteilen Sie uns den Auftrag, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss zu erarbeiten. Dafür bewilligen Sie den Projektkredit. Mit einem Ja zur heutigen Grundsatzabstimmung sagen Sie also nicht ja zu einer Vereinigung, sondern Sie erteilen uns den Auftrag, diese genau abzuklären und alle notwendigen Massnahmen und Vorkehrungen im Vereinigungsbeschluss festzuhalten. Über diesen Vereinigungsbeschluss, der aufzeigen wird, wie die vereinigte Gemeinde aussehen und funktionieren soll, werden Sie erneut abstimmen können.

Mit einem Nein

brechen Sie das Vereinigungsprojekt der 5 Mittelrheintaler Gemeinden in dieser Form definitiv ab. Die Arbeit müsste eingestellt werden, das Vorhaben wäre gescheitert. Das Thema wäre damit aber nicht vom Tisch und würde uns, wie die letzten 70 Jahre beweisen, immer wieder beschäftigen.

Deshalb empfehlen die Gemeindebehörden von Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau Ihnen, werte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, unserem Antrag zuzustimmen.

Diesen wichtigen Entscheid treffen wir nicht nur für uns, sondern vor allem mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen. Geben Sie diesem Projekt deshalb eine Chance. Wir danken Ihnen herzlich dafür.

Walter Grob, Gemeindepräsident Au

Jakob Schegg, Gemeindepräsident Berneck

Ernst Metzler, Gemeindepräsident Balgach

Rolf Eyer, Gemeindepräsident Diepoldsau

Christa Köppel, Gemeindepräsidentin Widnau



Zusammenfassung und Antrag

In der Grundsatzabstimmung vom 17. Juni 2007 ersuchen die Gemeinderäte von Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau ihre Stimmbürgerinnen und Stimmbürger um den Auftrag, die wichtigste politische Frage für das Mittelrheintal zu klären: Wollen die 5 Gemeinden ihre Zukunft gemeinsam oder weiterhin individuell gestalten? Ein positiver Entscheid am 17. Juni 2007 bedeutet noch kein Ja zu einer gemeinsamen Gemeinde, gibt aber die Mittel frei, um alle wichtigen Fragen abzuklären.

Wie kann unsere Wohn- und Lebensqualität auch morgen und übermorgen auf hohem Niveau erhalten werden? Um diese Frage geht es bei der Prüfung einer gemeinsamen Gemeinde. Seit dem Sommer 2005 befassen sich die Gemeindebehörden der 5 Mittelrheintaler Gemeinden mit den Chancen und Risiken eines Zusammenschlusses. Dabei wurde klar, dass sich eine vertiefte Prüfung lohnt, bietet eine gemeinsame Zukunft doch viele Chancen:

- Eine vereinigte Gemeinde gewährleistet eine **nachhaltige Orts-, Raum- und Verkehrsplanung**. Das wirkt sich positiv auf die Lebensqualität aus.
- Eine vereinigte Gemeinde ermöglicht eine **wirksame Wirtschaftspolitik mit einem aktiven und professionellen Standortmarketing**. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes ist von zentraler Bedeutung, denn sie sichert unserer Region attraktive Arbeitsplätze und Wohlstand.
- Eine vereinigte Gemeinde erlaubt eine **zukunftsweisende und koordinierte Schul- und Familienpolitik**, die die Ansprüche an ein zeitgemässes Schulwesen und attraktive familienergänzende Angebote auch in Zukunft einlösen kann. Für unsere jungen Familien und unsere Kinder ist das von herausragender Bedeutung.
- Eine vereinigte Gemeinde schafft **neue Perspektiven für unseren Kultur-, Sport- und Freizeitraum Mittelrheintal** und ermöglicht eine kreative Gesellschaftspolitik. Denn eine vielschichtige Gesellschaft hat vielfältige Anliegen und Bedürfnisse.
- Eine vereinigte Gemeinde sichert eine **attraktive Finanz- und Steuerpolitik**. Heute geht es allen 5 Gemeinden finanziell sehr gut. Gemeinsam können wir diese gute Situation auch in schwierigeren Zeiten bewahren.
- Eine vereinigte Gemeinde garantiert trotz steigender Aufgabenfülle eine **schlanke, kompetente und bürgerfreundliche Verwaltung**. Bürgerinnen und Bürger werden sich deshalb in ihrer Gemeinde auch in Zukunft gut aufgehoben fühlen.

Der Gedanke an eine gemeinsame Gemeinde stösst nicht überall auf Zustimmung. Skeptische Stimmen mahnen, die Individualität und der Charakter der einzelnen Dörfer könnte verloren gehen. Zweifelsohne wird sich ein Zusammenschluss auf die Entwicklung der Dörfer im Mittelrheintal auswirken. Diese Auswirkungen müssen sich aber nicht in einem Verlust an Identität äussern. Die Politische Gemeinde Oberriet in unserer Rheintaler Nachbarschaft zum Beispiel umfasst die Dörfer Oberriet, Eichenwies, Montlingen, Kriessern und Kobelwald mit Berggebiet. Jedes Dorf verfügt über eine starke Identität, ebenso wie die Politische Gemeinde einen eigenständigen Charakter aufweist. Das zeigt: Viel wichtiger als Gemeindegrenzen sind das Engagement und der Wille der Einwohnerinnen und Einwohner. Solange wir uns in unserem unmittelbaren Umfeld einsetzen und Werte und Traditionen pflegen, solange muss uns auch in einem neuen Ganzen nicht bange sein um die eigene Identität.

FRAGE

Warum bauen die Gemeinden anstelle einer Vereinigung nicht einfach die Zusammenarbeit aus?

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeitsformen sind bei uns im Mittelrheintal weitgehend ausgeschöpft. Praktisch überall, wo es Sinn macht, arbeiten die 5 Gemeinden gut und eng zusammen. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit ist aber aufwändig, weil es laufend neue Gremien braucht und viele Schnittstellen bestehen. Zudem gibt es viele Bereiche, in denen eine weitergehende Zusammenarbeit keinen Sinn macht. Hier bringt nur die Vereinigung einen echten Mehrwert.



17. Juni 2007: Der erste von drei Schritten

Der Grundsatzentscheid vom 17. Juni ist der erste von insgesamt drei Schritten auf dem Weg zu einer gemeinsamen Gemeinde. Ein positives Abstimmungsresultat in allen 5 Gemeinden bedeutet: Die Gemeindebehörden erhalten den Auftrag, bis im Sommer 2010 einen Vereinigungsbeschluss auszuarbeiten, das heisst, ein detailliertes Konzept für die vereinigte Gemeinde vorzubereiten. Dazu werden auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Über diesen Vereinigungsbeschluss können die Stimmberechtigten aller 5 Gemeinden erneut befinden. Resultiert auch dann ein positives Abstimmungsresultat, wird im dritten und letzten Schritt die neue Gemeinde definitiv entwickelt. Die entsprechende Schlussabstimmung wäre Ende 2012 zu erwarten. Am 17. Juni 2007 geht es also erst um einen Projektauftrag. Stimmt eine einzige Gemeinde nein, so kann das Projekt in dieser Form nicht weiterverfolgt werden.

Kanton unterstützt Vereinigungsbestrebungen

Der Kanton St.Gallen unterstützt Vereinigungsbestrebungen von Gemeinden. Das Gemeindevereinigungs-gesetz sieht deshalb vor, dass der Kanton Gemeinden, die sich zusammenschliessen möchten, mit Beiträgen bis maximal 50 Prozent der Projektkosten unterstützen kann. Unsere 5 Gemeinden haben den Kanton bereits um entsprechende Projektbeiträge ersucht. Die Reaktion des St.Galler Regierungsrats war sehr positiv. Das letzte Wort wird der St.Galler Kantonsrat haben, weshalb heute noch kein definitiver Entscheid vorliegt. Wird das Vereinigungsprojekt der 5 Mittelrheintaler Gemeinden aber mit einem Projektbeitrag des Kantons unterstützt, wird sich der beantragte Projektkredit um die entsprechende Summe reduzieren.

DIE ABSTIMMUNGSFRAGE LAUTET

«Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit* zu?»

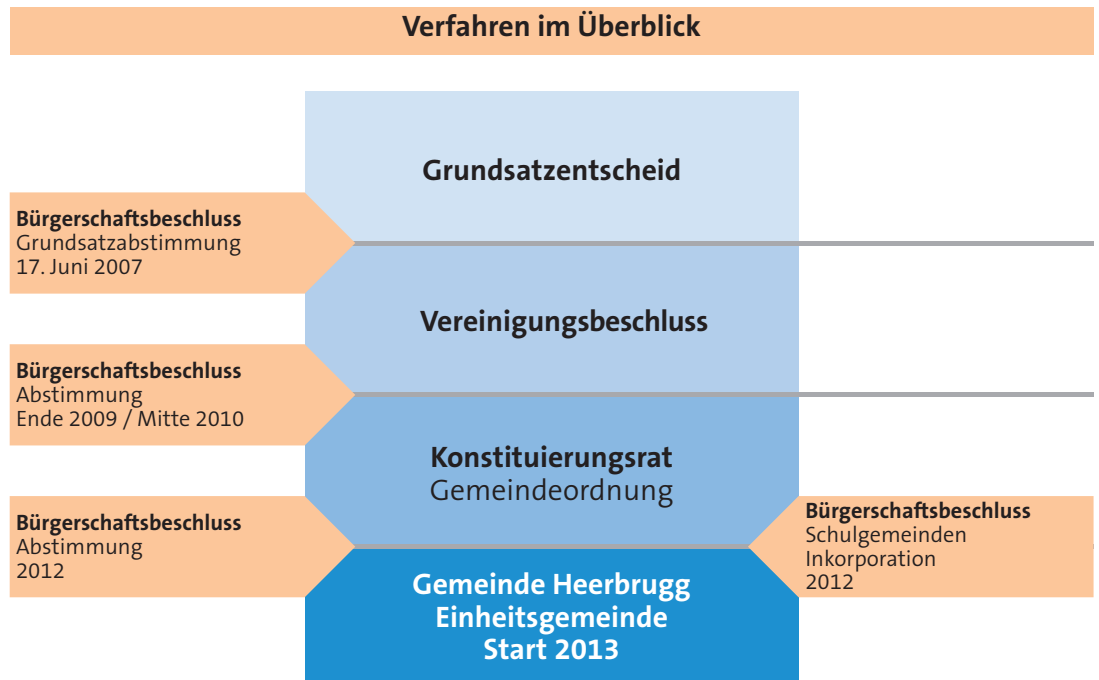
*Der Projektkredit beträgt für den Zeitraum 2007 bis 2010 für alle fünf Politischen Gemeinden insgesamt 1.5 Mio. Franken, die nach Einwohnerzahl aufgeteilt werden. Damit ist in den einzelnen Gemeinden über folgende Kredite abzustimmen:

- Politische Gemeinde Au: Fr. 350'000.–
- Politische Gemeinde Balgach: Fr. 214'500.–
- Politische Gemeinde Berneck: Fr. 179'000.–
- Politische Gemeinde Diepoldsau: Fr. 288'000.–
- Politische Gemeinde Widnau: Fr. 420'500.–

Der beantragte Projektkredit entspricht einer Investition von CHF 18.50 pro Einwohner und Jahr. Dieser Betrag wird für die Planung und Erstellung des Vereinigungsbeschlusses verwendet, die umfangreiche Arbeiten erfordern. Es gilt Strukturen und Organisationsform der vereinigten Gemeinde zu entwickeln, Namen und Wappen festzulegen, einen Zeitplan zu definieren usw. Dazu braucht es vertiefende Analysen und Abklärungen. Zudem soll der ganze Prozess transparent sein und in einem regen Austausch mit der Bevölkerung stattfinden. Auch hier bedarf es entsprechender Investitionen. Der beantragte Projektkredit ist als Kostendach zu verstehen. Er wird sich um den vom Kanton gesprochenen Projektbeitrag reduzieren.

Drei Schritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen Gemeinde

Die heutigen Gemeindestrukturen gehen auf das 19. Jahrhundert und die Periode der Industrialisierung zurück. Diese Strukturen sind heute für viele Problemlösungen nicht mehr geeignet. Der Kanton St.Gallen hat das erkannt und ein Gemeindevereinigungs-gesetz erlassen, mit dem er aktiv den Zusammenschluss von Gemeinden fördert. Dieses Gesetz legt die drei Schritte zu einer Gemeindevereinigung fest.



Der Kanton St.Gallen lässt an seiner Grundhaltung keinen Zweifel: Gemeindevereinigungen sind ein geeigneter Weg, um die öffentlichen Aufgaben auch in Zukunft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können. Solche Vereinigungsprojekte müssen aber sehr sorgfältig erarbeitet und die Stimmbürger/innen mehrmals dazu befragt werden.

1. Schritt: Grundsatzabstimmung

Der erste Schritt jeder Gemeindevereinigung im Kanton St.Gallen ist die Grundsatzabstimmung, die bei uns am 17. Juni 2007 ansteht. Ein positiver Entscheid bedeutet:

- **Der Projektauftrag, einen Vereinigungsbeschluss auszuarbeiten, ist erteilt, ein entsprechender Projektkredit bewilligt.**

2. Schritt: Vereinigungsbeschluss

Für die Behörden ist der Auftrag verbindlich. Sie müssen nun ein detailliertes Konzept für die vereinigte Gemeinde erarbeiten und dieses als Vereinigungsbeschluss den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Beschlussfassung vorlegen. Verwirft das Stimmvolk den Vereinigungsbeschluss, gibt es keine gemeinsame Gemeinde. Der Vereinigungsbeschluss schafft Klarheit zur Struktur und Organisation der neuen Gemeinde. Er enthält insbesondere folgende Punkte:

- **Name der neuen Gemeinde**
- **Organisationsform**
- **Wappen**
- **Zeitplan für den Zusammenschluss**
- **Vollzug hängiger Beschlüsse der Bürgerinnen und Bürger in den heutigen Gemeinden**
- **Regelung, wie die Verwaltungsstellen und unselbständige öffentlich-rechtliche Unternehmen inklusive Personal in die vereinigte Gemeinde überführt werden sollen.**

Die Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss würde in unseren Gemeinden Mitte 2010 stattfinden. Stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aller Gemeinden dem Vertrag zu, wäre die Schaffung einer gemeinsamen Gemeinde entschieden.

3. Schritt: Konstituierung

Wird der Vereinigungsbeschluss gutgeheissen, bilden die 5 Gemeinden aus den Reihen ihrer Gemeinderäte einen Konstituierungsrat. Dieser hätte bis Ende 2012 Zeit, um die neue Gemeindeordnung vorzubereiten, die ersten Wahlen zu planen und viele andere Fragen zu regeln. Bei dieser Abstimmung würde es um die neue Gemeindeordnung sowie um die Inkorporation der Schulgemeinden gehen, soll die neue Gemeinde doch eine Einheitsgemeinde sein.

Kurz: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden drei Mal an die Urne gerufen, bevor frühestens im Jahr 2013 die neue gemeinsame Gemeinde entstehen kann. Und jedes Mal braucht es die Zustimmung in allen 5 beteiligten Gemeinden.

FRAGE

Viele Fragen zur Vereinigung sind heute noch ungeklärt. Kaufe ich mit einem Ja zum Grundsatzentscheid die «Katze im Sack»?

Nein, im Gegenteil. Mit einem Ja ermöglichen Sie, dass alle offenen Fragen klar und transparent beantwortet werden. Sie bewilligen ein Projekt, aber über die definitive Umsetzung dieses Projektes können sie nochmals abstimmen.

Chancen und Risiken einer gemeinsamen Gemeinde



Die wichtigste Investition in die Zukunft

Ein Sprichwort sagt: «Wir müssen heute säen, wenn wir morgen ernten wollen.» Das gilt auch für die Gestaltung der Zukunft der Mittelrheintaler Gemeinden. Deshalb ist die Prüfung eines Zusammenschlusses die wichtigste Investition in unsere Zukunft.

Ort	Einwohner/innen per 31.12.2006	Arbeitsplätze	Gemeindefläche
Au	6'639	4'388	4,7 km ²
Balgach	4'114	3'073	6,5 km ²
Berneck	3'391	1'703	5,6 km ²
Diepoldsau	5'527	2'388	11,2 km ²
Widnau	8'057	2'836	4,2 km ²
Total	27'728	14'388	32,2 km ²

Quelle: Gemeindeverwaltungen. Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen:
«Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2006.»

Die 5 Mittelrheintaler Gemeinden sind stark und gesund. Doch genauso wichtig wie eine frühzeitige und angemessene Gesundheitsvorsorge für uns Menschen ist, besteht unsere Pflicht darin, für unser Gemeinwesen die besten und erfolgversprechendsten Zukunftsszenarien zu prüfen – damit auch unsere Kinder und Enkel ein schönes und intaktes Zuhause im Mittelrheintal vorfinden. Deshalb ist die Prüfung einer gemeinsamen Gemeinde eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft.

Unsere Gemeinden müssen viele neue Herausforderungen bewältigen, die sich in Zukunft noch akzentuieren dürften. Diese Herausforderungen umfassen sowohl den wirtschaftlichen als auch den ökologischen und den sozialen Bereich.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Liberalisierung der Märkte
Globalisierung der Wirtschaft
Territoriale Grenzen verlieren an Bedeutung
Erhöhte Mobilität
Verschärfter Standortwettbewerb
Rationalisierung bei der öffentlichen Hand

Soziale Herausforderungen

Wandel der Bevölkerungsstruktur
Wertewandel und Individualisierung
Innere Sicherheit
Grenzen des Milizsystems

Ökologische Herausforderungen

Klimawandel und Luftverschmutzung
Übernutzung der Böden
Verlust an natürlicher Vielfalt
Verlust an wertvollen Naherholungsräumen

Die Frage, die wir beantworten müssen, lautet: «Wie können wir diese Herausforderungen am besten bewältigen? Gemeinsam oder allein?» Wir meinen, dass der gemeinsame Weg mehr Perspektiven bietet. Das Mittelrheintal hat mit vorausschauenden Entscheiden viele gute Erfahrungen gemacht. Zusammen mit den anderen Gemeinden im Rheintal haben wir uns im 19. Jahrhundert für eine zeitgemässe Kantonsverfassung und eine starke Gemeindeautonomie eingesetzt. Nach dem 2. Weltkrieg haben wir gezielt begonnen, unsere Zusammenarbeit zu stärken und so die Grundlage für die gute wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinden geschaffen.

Es ist unsere Aufgabe, uns in jeder Epoche die richtigen Strukturen zu schaffen. Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen, den nächsten Schritt zu prüfen: Die Vereinigung der 5 Mittelrheintaler Gemeinden. Nach der Stadt St.Gallen wären wir die grösste Gemeinde im Kanton. Wir meinen, dass wir mit dieser Grösse eine gute Basis legen, um mit Erfolg die Zukunft des Mittelrheintales zu sichern.

DIE ARGUMENTE

- Die heutigen Gemeindestrukturen stammen aus dem 19. Jahrhundert. Es gilt vorbehaltlos zu prüfen, ob sie den heutigen Anforderungen noch gerecht werden.
- Auf die Gemeinden kommen zahlreiche ökonomische, soziale und ökologische Herausforderungen zu. **Diese können wir gemeinsam besser bewältigen.**
- Unsere starke Position ist das Resultat einer vorausschauenden Politik in der Vergangenheit. Auch heute gilt: Wer ernten will, muss frühzeitig säen.

FRAGE

Wird die gemeinsame Gemeinde definitiv «Gemeinde Heerbrugg» heissen?

Der Name «Gemeinde Heerbrugg» wurde von der Projektleitung als Arbeitstitel gewählt. Der definitive Name wird erst nach der Grundsatzabstimmung bestimmt, aber nicht, ohne die Bevölkerung in die Namensfindung miteinzubeziehen.

Lebensqualität dank gemeinsamer Orts- und Verkehrsplanung

Die 5 Gemeinden des Mittelrheintals sind längst zusammengewachsen. Das ruft nach einer einheitlichen Orts- und Verkehrsplanung. Damit sich auch unsere Kinder und Enkel im Mittelrheintal zu Hause fühlen können.

Ein Blick auf die Karte zeigt es deutlich: Das Mittelrheintal ist längst ein einheitlicher Siedlungs- und Lebensraum. Sollten wir da nicht auch gemeinsam überlegen, wo wir künftig die Schwerpunkte für das Wohnen und das Wirtschaften setzen? Wo die Hauptverkehrsadern sein sollen und welche Gebiete

wir vom Durchgangsverkehr verschonen wollen? Wir meinen, dass es dazu höchste Zeit ist. Eine gemeinsame Gemeinde ist die Voraussetzung für gemeinsame, verbindliche Planungsanstrengungen.



Bei uns im Mittelrheintal wird viel gebaut. Seit 1984 ist der Gesamtwohnungsbestand um 44 Prozent gewachsen – viel stärker als die Bevölkerung. Das sieht man unserer Region da und dort an. Es droht eine Zersiedelung. Auch verfügen wir über kein Zentrum, das sich sehen lassen kann. Zwar entstehen heute rund um den Bahnhof Heerbrugg viele Geschäftshäuser, aber gemeinsame städtebauliche Akzente können wir nicht setzen. Ebenso sollten wir zu unserer Natur und unseren Kulturlandschaften Sorge tragen, damit uns diese wertvollen Naherholungsgebiete erhalten bleiben. Alle diese Herausforderungen werden wir mit einer Ortsplanung, die den ganzen Raum Mittelrheintal im Blick hat, besser bewältigen können.

Bautätigkeit im Mittelrheintal in Mio. Franken

Gemeinde	2006	2005
Au	34	36
Balgach	24	40
Berneck	25	14
Diepoldsau	44	41
Widnau	47	62
Total	174	193

Quelle: Bauverwaltungen der Mittelrheintaler Gemeinden.

Dasselbe gilt für die Verkehrsplanung. Der Verkehr kennt keine Grenzen. Umso wichtiger ist es, dass wir ihn im Rahmen eines grösseren Raumes betrachten und so den Verkehrsfluss optimieren. Damit er dort abnimmt, wo er unsere Lebensqualität stört, und dort fliesst, wo er unsere Wirtschaft stärkt. Zum Beispiel, indem wir uns als starke Gemeinde dafür einsetzen, dass unsere Dörfer vom Durchgangsverkehr entlastet werden und attraktive Zugverbindungen erhalten. Oder indem wir prüfen, wie wir ein kundenfreundliches Ortsbussystem entwickeln können. Selbst ein gut geplantes Velowegnetz, das uns animiert, mehr das Fahrrad als das Auto zu benutzen, kann nur entstehen, wenn alle Dörfer zusammenspannen.

Verkehrsmittelwahl für Arbeitswege im Mittelrheintal

	Zu Fuss	Fahrrad/Mofa	ÖV (Bus)	PW/Motorrad	Kombi
Mittelrheintal	4,6%	17%	5,8%	50,6%	22%
Schweiz	7%	6,2%	20%	44%	22,8%

Quelle: Brunner Felix, GestaltungsraumHeerbrugg. Diplomarbeit am Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin, Berlin 2006

DIE ARGUMENTE

- Eine gemeinsame Ortsplanung ermöglicht, **unsere Lebensqualität zu bewahren und zu stärken.**
- Eine gemeinsame Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um **ein attraktives Zentrum zu entwickeln.**
- Wollen wir unsere Lebensqualität erhalten, bedürfen **die Freiräume eines besonderen Augenmerks.** Dazu braucht es den einheitlichen Planungsansatz.
- Im öffentlichen Verkehr können **neue Angebote wie Quartier- oder Lokalbusse** mit realen Erfolgsaussichten geprüft werden.
- **Grösse schafft Verhandlungsstärke.** Das ist wichtig bei Verhandlungen mit überregionalen Partnern wie dem Bund, dem Kanton, den SBB oder der Post.

FRAGE

Gibt es bei einer gemeinsamen Planung nicht auch Verlierer?

Eine gemeinsame Orts- und Verkehrsplanung betrachtet den ganzen Raum Mittelrheintal. Sie vermindert Doppelspurigkeiten und legt Siedlungs- sowie wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte raumoptimal fest. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Neuordnung da und dort auch zu individuellen Nachteilen führen kann. Wichtig ist aber: Jede Planung baut auf dem Bestehenden auf. Sie kann den Raum nicht neu erfinden. Sie kann ihn lediglich mittelfristig und langfristig besser ordnen. Und eine Planung ist ein demokratischer Prozess. Sie wird nur dann eine Chance haben, wenn sie gut austariert ist. Kein Ortsteil wird sich zu Lasten der anderen nur Vorteile zuschanzen können. Denn jede Planung stösst nur dann auf Zuspruch, wenn der Mehrwert, den sie schafft, für das neue Ganze transparent ist und eindeutig vermittelt werden kann.

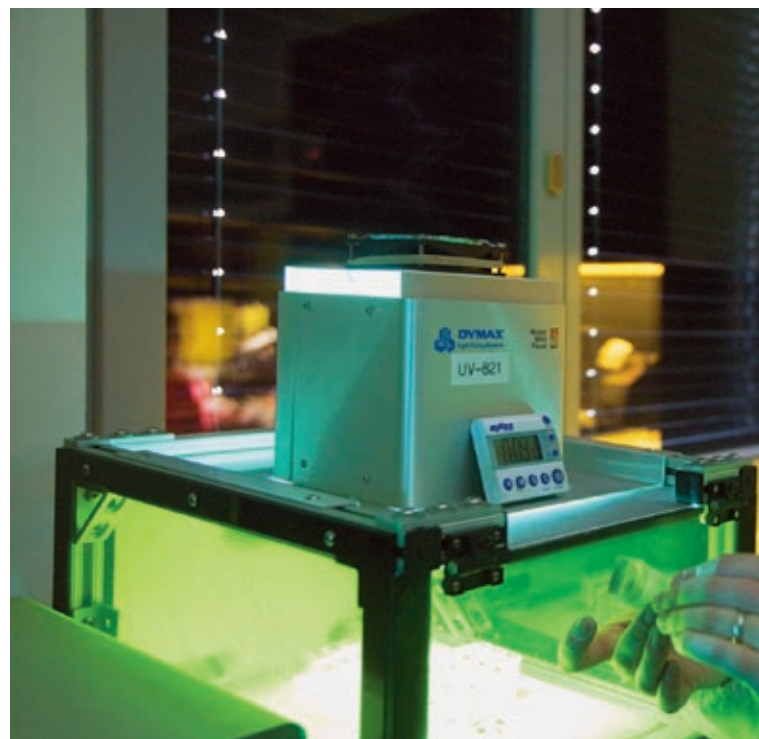
Für attraktive Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft

Das Rheintal ist eine der wichtigsten Industrieregionen der Schweiz, und das Mittelhautal ist deren Zentrum. Damit das so bleibt, braucht es die Gemeinde Heerbrugg.

Wirtschaftssektoren und Arbeitsplätze «Gemeinde Heerbrugg»

Gemeinde	Landwirtschaft		Industrie und Gewerbe		Dienstleistung	
	Beschäftigte	% Beschäftigte	Beschäftigte	% Beschäftigte	Beschäftigte	% Beschäftigte
Au	38	1	2'158	49	2'192	50
Balgach	87	3	2'263	74	723	23
Berneck	136	8	880	52	687	40
Diepoldsau	215	9	1'442	60	731	31
Widnau	19	1	1'334	47	1'483	52
Schweiz	160'000	3,7	1'017'000	23,8	3'095'000	72,5

Quelle: Bundesamt für Statistik 2007



Das St.Galler Rheintal ist eine der bedeutendsten Industrieregionen Europas und Sitz zahlreicher international führender Unternehmen. Für Firmen aus der Industrie und der Hochtechnologie sind wir äusserst attraktiv, während bei den Dienstleistungen ein gewisser Nachholbedarf besteht. Auch die Landwirtschaft darf sich sehen lassen: Die Rheintaler Weine sind in der ganzen Schweiz beliebt, und die innovativen Anbau- und Produktionsmethoden der hiesigen Landwirte haben Vorbildcharakter. Aber es gibt keinen Grund, sich selbstzufrieden auf die Schulter zu klopfen. Die Konkurrenz ist stark und schläft nicht. Der Grossraum Zürich entfaltet eine enorme Sogwirkung. International ist der Wettbewerb noch erheblich härter. Wir müssen gute Argumente haben, um unsere Unternehmen zu halten und neue zu gewinnen.

Die Gemeindevereinigung ist eines dieser Argumente, und zwar ein wichtiges. Sie erlaubt, ein Standortmarketing aufzubauen, das schlagkräftig ist und überzeugt. Sie schafft den grossen Raum, den sich Firmen heute wünschen, wenn sie den idealen Standort für ihren Betrieb suchen. Es spielt keine Rolle, ob spannende und attraktive Arbeitsplätze in Widnau oder Au, in Diepoldsau, Berneck oder Balgach angeboten werden. Wichtig ist, dass wir sie im Mittelrheintal haben.



DIE ARGUMENTE

- Unternehmen erwarten von den Behörden Professionalität und Unterstützung in allen Belangen. **Eine gemeinsame Gemeinde kann diesen Anspruch besser einlösen.**
- Unternehmen suchen ihre Standorte nicht in kleinen Gemeinden, sondern wählen eine Region. **Als gemeinsame Gemeinde können wir vielfältige Standortmöglichkeiten anbieten.**
- Es ist nicht so zentral, in welchem Dorf ein neues Unternehmen Arbeitsplätze schafft. **Wichtig ist, dass sie bei uns im Mittelrheintal entstehen.**
- Wir befinden uns mitten in einem intensiven Strukturwandel und verschärften globalen Wettbewerb. **Als grosse Gemeinde – die Nr. 2 im Kanton – sind unsere Erfolgsaussichten besser.**

FRAGE

Wird die gemeinsame Gemeinde nicht das Gewerbe in Mitleidenschaft ziehen?

Der Wettbewerb ist auch für die Gewerbetreibenden härter geworden. Aber das Einkaufsverhalten und die Prioritätensetzung bei der Auftragsvergabe haben nichts mit der Grösse einer Gemeinde zu tun. In vielen grossen Gemeinden und Städten beweist das örtliche Gewerbe, dass Qualitätsarbeit, Dienstleistungsbereitschaft und Kundenfreundlichkeit Erfolg bringen. Ein grösseres Einzugsgebiet ist eine Chance für tüchtige Gewerbetreibende.

Eine wichtige Investition für Schule und Bildung

Das Schulwesen steht sowohl bezüglich pädagogischer als auch sozialer Fragen vor grossen Herausforderungen. In einer gemeinsamen Gemeinde können wir diese besser angehen. Die Vereinigung ist deshalb eine wichtige Investition in unsere Kinder und Jugendlichen.

Engagierte Lehrpersonen, qualifizierte Schulleitungen und gute Schulbehörden sorgen im Mittelrheintal für hervorragende Schulen. Aber unser Schulwesen ist uneinheitlich und kompliziert organisiert: Diepoldsau und Widnau sind Einheitsgemeinden. Au, Balgach und Berneck führen eigenständige Primarschulgemeinden und gemeinsam die Oberstufe Mittelrheintal OMR. Hinzu kommen die Musikschule Unterrheintal und der Zweckverband Kleinklassen. Komplizierte Strukturen sind weniger geeignet, um grosse Herausforderungen zu bewältigen.

Und diese kommen in grosser Zahl auf das Schulwesen zu: Die Familien- und Bildungspolitik verlangt nach attraktiven Tagesstrukturen wie betreute Mittagstische oder Krippen- und Hortplätze. Die Schulen müssen gleichzeitig die Begabtenförderung wahrnehmen und den Stützunterricht für schwächere Schüler ausbauen. Sie müssen die Integration fremdsprachiger Kinder gewährleisten und den Fremdsprachenunterricht erweitern, feste Blockzeiten einführen, eine Basisstufe schaffen ... und so weiter. Sollen alle diese Aufgaben im Mittelrheintal wirklich sieben Mal individuell gelöst werden? Gemeinsam und als Einheitsgemeinde geht es doch viel besser. Wie in Diepoldsau und Widnau sollen Schule und Politische Gemeinde nämlich unter dem Dach einer Einheitsgemeinde vereinigt werden.

Im Schulwesen ist klar zwischen strategischer und operativer Ebene zu unterscheiden. Für die Schulstrategie ist der Schulrat mit dem Schulpräsidium zuständig. Die Schulpräsidentin oder der Schulpräsident ist gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates. Sowohl das Schulpräsidium wie der Schulrat werden an der Urne gewählt. Die operative Leitung der Schulen wird konsequent starken Schulleitungen übertragen. Sie sorgen dafür, dass ihre Schule so organisiert ist, dass die Lehrpersonen ihre Lernprogramme optimal umsetzen und die Kinder ihre Lernziele gut erreichen können.

Kein Weg führt an der demographischen Entwicklung vorbei. Die Kinderzahlen sinken. Bis im Jahr 2014/2015 wird es im Kanton St.Gallen 500 Schulklassen weniger brauchen. Davon ist auch unsere Region betroffen. Dank einer Vereinigung müssen aber keine Lehrkräfte entlassen werden, da es in einer grossen Gemeinde mehr Möglichkeiten gibt, passende Pensen anzubieten.

16

DIE ARGUMENTE

- Eine grössere Schule kann die **pädagogische Koordination** verbessern und die neuen **pädagogischen und sozialen Herausforderungen leichter bewältigen**.
- Eine grössere Organisation ermöglicht unter anderem **ideale Klassengrössen, die bessere Ausnutzung der Infrastruktur und grössere Flexibilität für Lehrerinnen und Lehrer**.
- In einer gemeinsamen Einheitsgemeinde ist es einfacher, **familienergänzende Tagesstrukturen** zu schaffen und diese auszulasten.

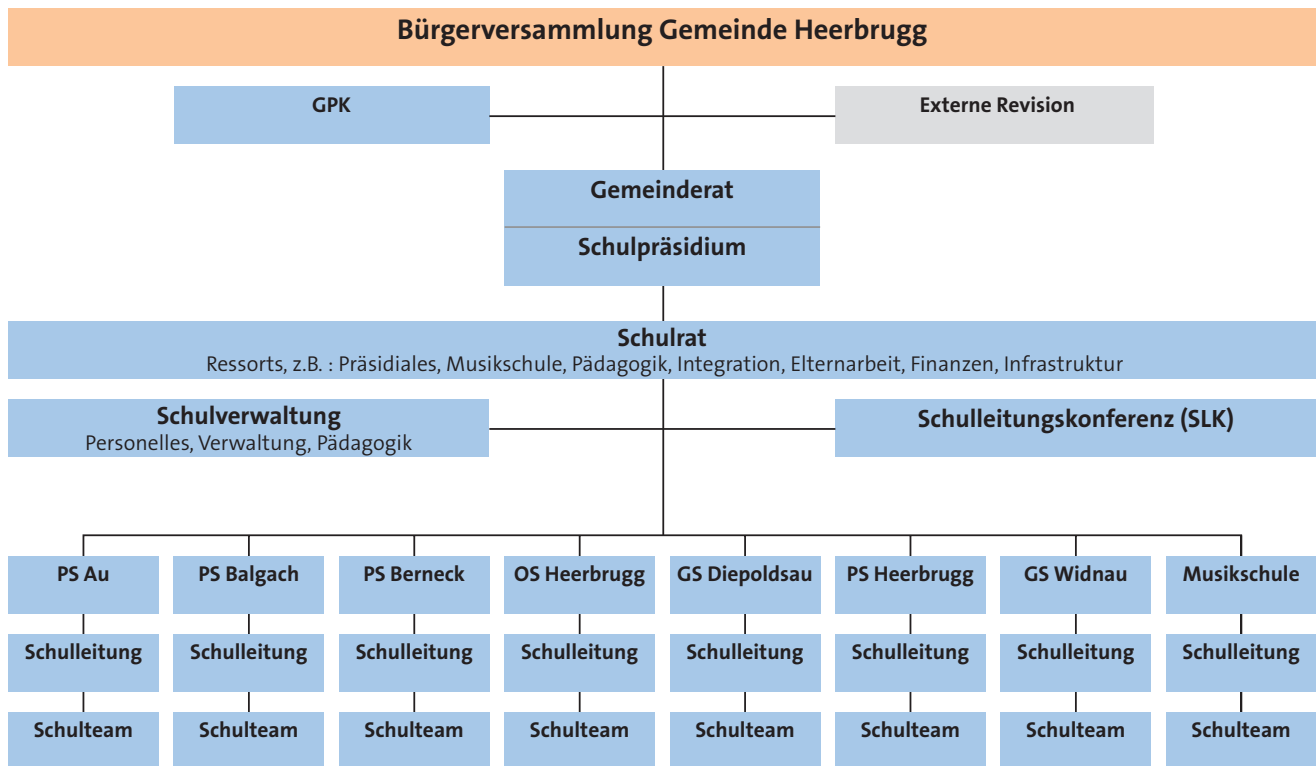
FRAGE

Werden nach einem Zusammenschluss nicht Schulhäuser geschlossen?

Unsere Schulen sind nicht Gegenstand von Sparbemühungen. Niemand hat ein Interesse daran, die Schulen zu schwächen oder gar zu schliessen. Wir wissen: Gerade für kleine Kinder sind kurze, sichere Schulwege ausserordentlich wichtig. Deshalb bleiben die Schulen im Dorf.



Mögliche Schulorganisation



Vorsorge für gesunde Finanzen und tiefe Steuern

Den 5 Mittelrheintaler Gemeinden geht es gut. Sie sind finanziell gesund, die Steuern sind tief. Aber wir alle wissen: Nur mit einer frühzeitigen Vorsorge können wir das Erreichte sichern.

Unsere 5 Gemeinden wollten genau wissen, wie es um die Finanzkraft jeder einzelnen Gemeinde bestellt ist. Das Resultat wurde in einem ausführlichen Finanzbericht festgehalten, der von der ganzen Bevölkerung eingesehen werden kann. Er kann entweder von der Homepage www.gemeinde-heerbrugg.ch (Rubrik Downloads) heruntergeladen oder bei den Gemeindeverwaltungen bezogen werden.

Der Bericht hält fest: «Der Vergleich der finanziellen Kennzahlen zeigt, dass alle fünf Gemeinden über gesunde Finanzstrukturen verfügen. (...) Jede Gemeinde hat zu ihrer gesunden Finanzsituation ihre speziellen Vorzüge und auch Nachteile. Im Gesamten betrachtet, kann von finanziell gleichwertigen Partnern gesprochen werden.»

Die Rede ist von der heutigen Situation. Aber wie wird sich die finanzielle Lage in den kommenden Jahren bis zu einer allfälligen Vereinigung entwickeln? Prognosen sind hier sehr schwierig. Wir wissen nicht, wie sich die Steuergesetze verändern werden, wie genau sich der neue Finanzausgleich auswirken wird oder

wie die Wirtschaftslage im Jahr 2012 aussieht. Heute tragen zum Beispiel auch die Elektrizitätsversorgungen viel zur guten Finanzsituation der Gemeinden bei. Nach einer Liberalisierung des Strommarktes muss diese Situation neu bewertet werden. Trotzdem lassen sich einige verbindliche Aussagen zu den finanziellen Perspektiven machen: 5 starke Partner, die zusammenfinden, sind wegen ihrer finanziell jeweils sehr guten Verfassung und wegen ihrer unterschiedlichen Ausprägungen gemeinsam noch stärker. Denn als eine einzige Gemeinde können sie ihre Stärken zusammenführen, die Schwächen vermindern und an vielen Orten Kosten sparen. Es braucht weniger Behörden, Kommissionen, Kontrollorgane. Die Stellenpläne können besser organisiert werden. Ein gemeinsames Versicherungsmanagement spart ebenso Geld wie der gemeinsame Materialeinkauf. Alles in allem dürfen wir aufgrund einer Vereinigung mit rund drei Millionen Franken Einsparungen rechnen. Das ist eine sehr gute Vorgabe, um auch in Zukunft die Steuern tief halten zu können. Dass wir als gemeinsame Gemeinde die Stabilität und Elastizität unseres Finanzhaushaltes erhöhen, ergänzt die Liste der markanten Vorteile.

DIE ARGUMENTE

- Eine grosse Gemeinde, in der die Finanzkraft der 5 Gemeinden vereinigt wird, verfügt über **eine grössere finanzpolitische Flexibilität**.
- Eine gemeinsame Gemeinde führt zu erhöhter **Stabilität und Elastizität des Finanzhaushaltes**. Die Abhängigkeit von wenigen grossen Steuerzahlern wird reduziert.
- Die neue Gemeinde wird über **einen attraktiven Steuerfuss** in der Spitzengruppe des Kantons St.Gallen verfügen.
- Die Entwicklung vieler finanzieller Rahmenbedingungen lassen sich heute schwer vorhersagen. **Sicher ist, dass wir Herausforderungen gemeinsam viel besser meistern.**

FRAGE

Eine Gemeindevereinigung ist teuer, dennoch sprechen Sie von Einsparungen. Stimmt das?

Unsere Prognose betrifft den Zeitraum nach dem Zusammenschluss. Der Mehraufwand für die Planung, die Vorbereitung und die Durchführung der Vereinigung sind Vorinvestitionen in die Zukunft unseres Mittelrheintals. Einsparungen werden erst nach dem vollzogenen Zusammenschluss anfallen.



Steuerfuss und Steuereinnahmen

	Au	Balgach	Berneck	Diepoldsau	Widnau
Steuerfuss 2006	122	122	123	122	131
Steuerfuss 2007	117	117	122	122	125
Steuereinnahmen (+ Anteile) pro Einwohner	3'355	3'803	3'099	3'001	2'894

Quelle: Teilbericht Finanzen, OBt St.Gallen 2007

Steuerkraft*

Gemeinde	Steuerkraft	Rang
Au	2'228	12
Balgach	2'671	4
Berneck	2'234	11
Diepoldsau	2'205	13
Widnau	1'947	26
Kanton	2'060	

*Einfache Steuer pro Einwohner, natürliche und juristische Personen. Quelle: Verband der Gemeindesteuerämter des Kantons St.Gallen

Verschuldung

Per 31.12.2006	Au	Balgach	Berneck	Diepoldsau	Widnau	Kumuliert G5
Nettoverschuldung/ Einwohner	2'005	748	791	1'060	1'526	1'344
Nettoverschuldung absolut in Tausend CHF	13'314	3'039	2'682	5'858	12'292	37'185

Quelle: Teilbericht Finanzen, OBt St.Gallen

Bilanz

Per 31.12.2006	Au	Balgach	Berneck	Diepoldsau	Widnau	Kumuliert G5
Finanzvermögen	15'381	13'106	12'891	10'268	28'645	80'291
Verwaltungsvermögen	25'360	13'326	13'589	17'895	23'383	93'553
Verwaltungsvermögen von Spezialfinanzierungen	0	845	1'477	1'007	480	3'809
Aktiven	40'741	27'277	27'957	29'170	52'508	177'653
Fremdkapital	28'695	16'145	15'573	16'126	40'938	117'477
Sondervermögen	6'125	6'078	8'841	5'498	8'440	34'982
Eigenkapital ausgewiesen	5'921	5'054	3'543	7'546	3'130	25'194
Passiven	40'741	27'277	27'957	29'170	52'508	177'653
Stille Reserven Finanzvermögen	1'054	1'956	11'184	735	708	15'637

Die Finanzkennzahlen sind konsolidierte Zahlen der Politischen Gemeinden inkl. Schulen; in Tausend CHF

Quelle: Teilbericht Finanzen, OBt St.Gallen

Auch in Zukunft eine bürgernahe und effiziente Verwaltung

Die Einwohnerinnen und Einwohner erwarten von ihrer Gemeindeverwaltung fachliche Qualität, Effizienz und Bürgernähe. Das wird ihnen heute im Mittelrheintal geboten. Aber die Aufgabenfülle steigt stetig. Gemeinsam können wir auch in Zukunft eine Gemeindeverwaltung bieten, die den Dienstleistungsbedürfnissen der Bevölkerung entspricht.



Es gibt viel zu tun auf den heutigen Gemeindeverwaltungen, und die Arbeitslast nimmt nicht ab. Im Gegenteil: Die Aufgaben werden komplexer, ihr Umfang nimmt zu. Zwei Beispiele:

Bei uns im Mittelhautal wird viel gebaut. Alle Baugesuche müssen gesetzeskonform und möglichst schnell geprüft werden, so dass die Bauherren zu ihrem Recht kommen, aber auch die Anwohner nicht leiden müssen. Oder ein Blick in die Fürsorge: In den letzten Jahren ist die Zahl der Menschen, die von Fürsorgegeldern leben, gestiegen. Ihre jeweilige Situation muss genau abgeklärt werden, damit sie die nötige Unterstützung erhalten, aber das System nicht missbraucht wird. Viele weitere Beispiele liessen sich anführen.

Je kleiner eine Gemeinde ist, desto begrenzter sind ihre Möglichkeiten, die verschiedenen Verwaltungsabteilungen personell optimal zu bestücken. Eine gemeinsame Gemeinde eröffnet mehr Handlungsspielraum für eine moderne Personalpolitik. Auch in Bezug auf die Bürgernähe und Servicequalität müssen in einer grossen Verwaltung keine Abstriche gemacht werden. So würden in jeder der heutigen Gemeinden so genannte Bürgerschalter eingerichtet. Das sind Anlaufstellen für kleinere Anliegen oder Routinegeschäfte, zum Beispiel wenn Sie etwas beantragen müssen oder eine Auskunft benötigen. Für spezielle Fragen, die besonderes Fachwissen erfordern, müsste unter Umständen ein etwas weiterer Weg in Kauf genommen werden. Ein erfreulicher Nebeneffekt betrifft die Mitarbeitenden: Ihnen bietet eine grosse Verwaltung vielfältige berufliche Chancen, in Führungsfunktionen genauso wie an der Basis.

DIE ARGUMENTE

- Der **Handlungsspielraum**, um die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten, wird grösser.
- Dem Grundsatz **«die richtige Mitarbeiterin/der richtige Mitarbeiter am richtigen Ort»** kann besser nachgelebt werden. So wird es beispielsweise leichter, Führungsaufgaben auf die Kader zu konzentrieren und die operativen Aufgaben den Mitarbeitenden zu übertragen. Das spart Kosten und steigert die Effizienz.
- **Bürgerschalter und eine dienstleistungsorientierte Grundhaltung** sichern einen guten Service public in Ihrer Nähe.
- Für Verwaltungsmitarbeitende ergeben sich **interessante Laufbahn- und Arbeitsplatzperspektiven**.

FRAGE

Bedeutet eine Gemeindevereinigung nicht zahlreiche Entlassungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Auf keinen Fall! Eine gemeinsame Verwaltung benötigt nach der Startphase voraussichtlich zwar eher weniger Personal. Aber wir gehen davon aus, dass die Anpassungen über Pensionierungen und die üblichen Stellenwechsel erfolgen werden. Die Gemeindebehörden haben bereits verbindlich angekündigt, dass sie soziale Grundsätze erlassen werden, die dem Personal ein Höchstmass an Sicherheit bieten.

Neue Perspektiven für Kultur, Sport und Freizeit

Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit. Eine vereinigte Gemeinde bietet initiativen Menschen viele Perspektiven, um das Kultur-, Sport- und Freizeitleben zu bereichern.



22

Eine grosse Gemeinde schafft Raum und Möglichkeiten für viele Aktivitäten, denen im kleinen Dorf die Basis fehlt. So kann eine grosse Gemeinde noch stärkere Impulse für den Kulturstandort auslösen. Da und dort werden sich Nischen öffnen. Möglicherweise konzentrieren sich die einen Vereine auf den Spitzensport, während andere Vereine Aktivitäten im Breitensport abdecken.

Ein vielfältiges und attraktives Angebot an Vereinen und kulturellen Anlässen kann nicht direkt Sache der Gemeindebehörden sein. Aber die grössere, vielfältigere Gemeinde bietet ein breiteres Publikum, und die Behörden können unterstützen und fördern. Unsere Bevölkerung zeichnet sich durch Tatkraft und Fantasie aus. Wir sind überzeugt, dass sich diese Stärke in einer gemeinsamen Gemeinde auch in Kultur, Sport und Freizeitgestaltung niederschlagen wird.

DIE ARGUMENTE

- Eine grosse Gemeinde vermag **stärkere Impulse für ein vitales kulturelles Leben** zu geben und die Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden zu optimieren.
- Eine vereinigte Gemeinde **kann Vereinen neue Perspektiven** und vielfältigere Entwicklungsmöglichkeiten bieten.
- Einer **punktuellen Konzentration** des Vereinslebens bei den einen steht der **mögliche Ausbau** des Angebotes in anderen Bereichen gegenüber.

FRAGE

Werden in einer gemeinsamen Gemeinde nicht viele Vereine in Not geraten, weil sie zu wenig aktive Mitglieder haben?

Eine Veränderung beim Vereinsangebot ist nie ausgeschlossen – ob mit oder ohne Vereinigung. Die Leute wählen ihre Vereine selber, das können die Behörden nicht steuern. Sicher ist: Die Gemeindebehörde wird nicht über die Mittelvergabe die Vereinsvielfalt beeinträchtigen. Im Gegenteil: Ein vielfältiges und attraktives Vereinswesen ist ein wichtiger Wert für jede Gemeinde.

Sechs Dörfer bilden eine Gemeinde

Das Mittelrheintal ist mit seinen fünf Gemeinden und sechs Dörfern eine facettenreiche Region. Das ist eine grosse Stärke einer vereinigten Gemeinde.

Manche Leute befürchten, die Identität der heutigen Dörfer ginge bei einer Vereinigung verloren. Natürlich wird ein Zusammenschluss die Entwicklung unserer Dörfer beeinflussen. Sie werden sich anders entwickeln, als wenn sie selbstständig bleiben.

Unwahrscheinlich ist allerdings, dass ein Zusammenschluss der Mittelrheintaler Gemeinden zu einer Verarmung der dörflichen Vielfalt führt. Das zeigt ein Blick in unsere Nachbarschaft: Oberriet, Eichenwies, Montlingen, Kriessern und Kobelwald

mit Berggebiet sind eigenständige, selbstbewusste Dörfer mit individuellem Charakter. Gemeinsam bilden sie die politische Gemeinde Oberriet, die wiederum eine starke eigene Identität hat. Die Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich sowohl in ihrem Dorf als auch in ihrer Gemeinde zuhause. So soll es auch in einer künftigen «Gemeinde Heerbrugg» sein. Die Ortsnamen und Postanschriften bestehen weiter. Die Vielfalt des dörflichen und kulturellen Lebens bleibt erhalten. Aber über die Jahre wird eine zusätzliche Identität entstehen, die Identität einer starken «Gemeinde Heerbrugg».



DIE ARGUMENTE

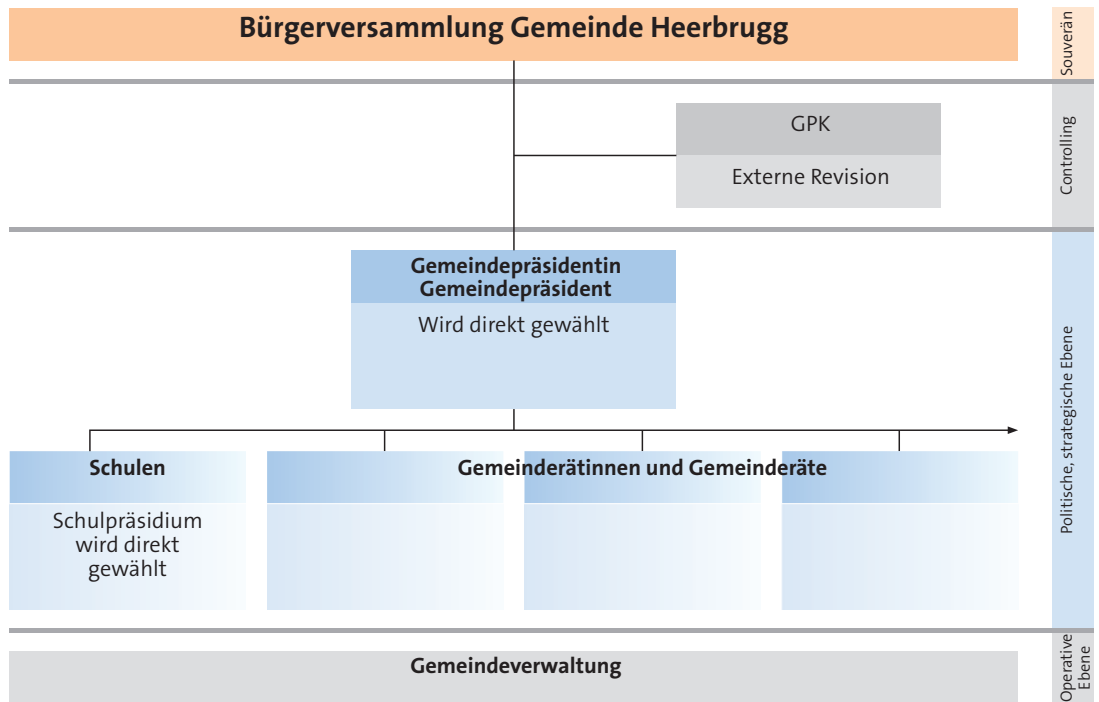
- In einer gemeinsamen Gemeinde bleiben die dörflichen Charakteristiken erhalten. Es entsteht aber **zusätzlich eine neue Identität**.
- Die **Ortsnamen** und **Postanschriften** bleiben bestehen.
- Die Qualität des dörflichen Lebens ist **vom Engagement der Bevölkerung abhängig**, nicht von Gemeindegrenzen.

FRAGE

Wie sieht die Zukunft der Orts- und Kirchgemeinden aus?

Weder die Orts- noch die Kirchgemeinden sind von dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss betroffen. Die Ortsgemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau, Schmitter und Widnau bleiben genauso bestehen wie heute. Eine «Gemeinde Heerbrugg» hätte also insgesamt 6 Ortsgemeinden. Diese nehmen die bisherigen Aufgaben wahr und könnten dank ihrer starken Verwurzelung in den Dörfern wesentlich dazu beitragen, die örtliche Kultur lebendig zu gestalten. Auch die Kirchgemeinden bleiben von einer allfälligen Vereinigung unberührt. Gerade sie sind übrigens in Bezug auf Zusammenschlüsse (z.B. Seelsorgeeinheiten) den Politischen Gemeinden weit voraus.

Struktur und Organisation einer gemeinsamen Gemeinde



Die Struktur und Organisation der gemeinsamen Gemeinde auszuarbeiten, sind zentrale Aufgaben, die nach einer erfolgreichen Grundsatzabstimmung angepackt werden müssen. Wir machen die verschiedenen Möglichkeiten und vor allem den aktuellen Stand der Diskussionen aber bereits jetzt sichtbar. Nachfolgend fassen wir die drei zentralen Fragen wie auch die Standpunkte der 5 Gemeinderäte zusammen.

Eine Gemeinde mit Parlament oder Bürgerversammlung?

Das Gemeindegesetz des Kantons St.Gallen gibt zwei mögliche Gemeindeorganisationen vor: Eine Gemeinde mit Bürgerversammlung oder eine Gemeinde mit Parlament. Die Gemeindebehörden geben nach ersten Beratungen der Bürgerversammlung den Vorzug, doch gibt es auch Stimmen, die ein Parlament befürworten.

Die **Bürgerversammlung** ist die direkteste aller Demokratieformen und hat eine lange Tradition. Die Gemeindebehörden möchten sie nicht ohne Not opfern. Ihre grosse Stärke ist, dass sich die Behörden den Bürger/innen im direkten Gespräch stellen müssen. Eine «Gemeinde Heerbrugg» würde 17'000 Stimmberechtigte umfassen. Da aber erfahrungsgemäss nur zwischen 2 und 10 Prozent der Stimmberechtigten an Bürgerversammlungen teilnehmen, wäre die Durchführung problemlos. Hingegen würde die Schwelle für Wortmeldungen sicher höher gelegt. Wird eine Gemeinde mit Bürgerversammlung beschlossen, müssten vermehrt Entscheide an der Urne ge-

fällt werden. Zusätzlich müssten Formen geschaffen werden, die den Einwohnerinnen und Einwohnern unkompliziert und qualifiziert Mitgestaltungsmöglichkeiten geben.

Für ein **Parlament** spricht, dass Wahlkreise gebildet werden können. Das heisst: Jede Gemeinde wäre mit einer Mindestanzahl Parlamentarier/innen in der Legislative vertreten. So wäre gewährleistet, dass die Interessen der 5 ehemaligen Politischen Gemeinden gut eingebracht würden. Auch liesse ein Gemeindep Parlament eine hohe politische Vielfalt und eine kontinuierliche politische Diskussion erwarten. Ein Gemeindep Parlament wäre jedoch ein «grosser Brocken» mit mindestens 41 Volksvertreter/innen. Denn jeder Wahlkreis muss gemäss Gesetz mindestens 5 Vertreter/innen stellen können. Das wären 10 für Au-Heerbrugg, 6 für Balgach, 5 für Berneck, 8 für Dieploldsau und 12 für Widnau. Diese Grösse könnte den politischen Alltag schwerfällig machen.



Wieviele Gemeinderäte braucht es?

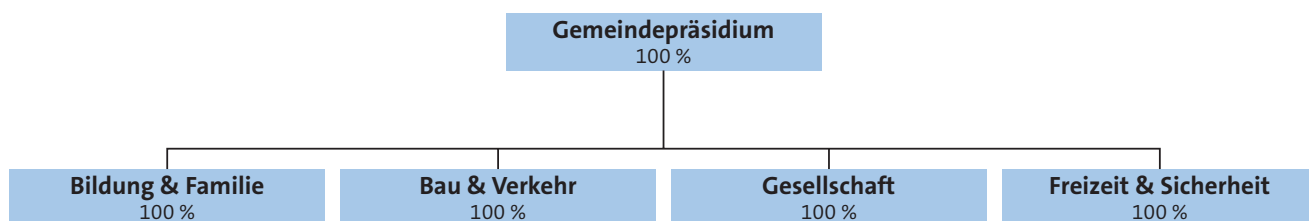
Es gibt viele Möglichkeiten, den Gemeinderat einer künftigen «Gemeinde Heerbrugg» zu besetzen. Zur Zeit stehen zwei Varianten im Vordergrund: Die eine sieht 5 Gemeinderäte im Vollamt vor, die andere 3 Gemeinderäte im Vollamt und 4 im Halbamt. Beide Varianten sind in Bezug auf die Stellenprozentage gleichwertig. Die Gemeinderäte möchten zum jetzigen Zeitpunkt die Variante mit 5 hauptamtlichen Exekutivmitgliedern weiterverfolgen. Dies deshalb, weil bei dieser Organisationsform die beste Kombination von Professionalität, Kompetenz und Effizienz erwartet werden kann. Hingegen eröffnet ein Siebnergremium mehr Möglichkeiten für die Verwaltungsor-

ganisation und bietet höhere Gewähr, dass die Gemeinderäte nahe beim Volk politisieren.

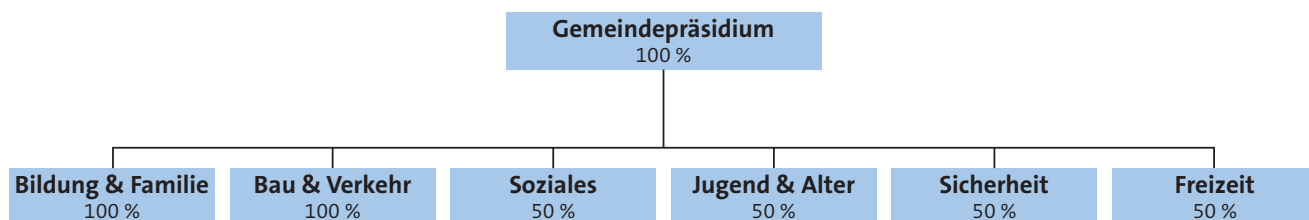
Weder bei 5 noch bei 7 Gemeinderäten können wir aber jeder Gemeinde einen Sitz im Gemeinderat garantieren. Das würde die Schaffung von Wahlkreisen für Exekutivwahlen voraussetzen, und das untersagt die Verfassung des Kantons St.Gallen. Die 5 Gemeinderäte möchten aber prüfen, ob sich eine entsprechende freiwillige Vereinbarung zumindest für eine Übergangsphase realisieren liesse.

Mögliche Behördenstruktur

5 Gemeinderäte im Vollamt



3 Gemeinderäte im Vollamt, 4 Gemeinderäte im Nebenamt

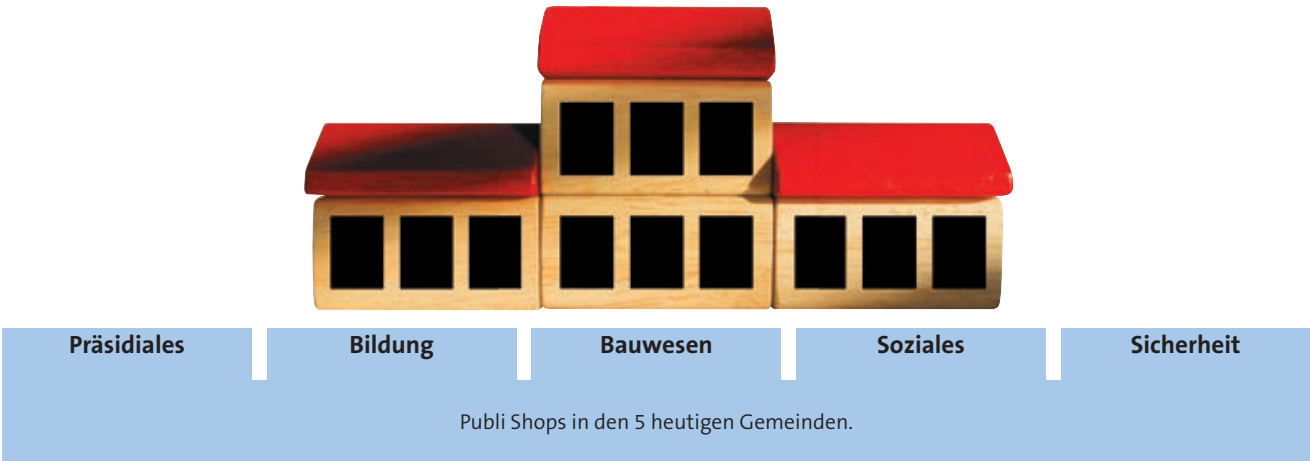


Eine dezentrale oder zentrale Verwaltung?

Dezentrale Verwaltung – 5 Standorte



Zentrale Verwaltung – 1 Standort



Wollen wir in einer gemeinsamen Gemeinde die Verwaltung an einem Ort konzentrieren oder die heutige dezentrale Infrastruktur weiter nutzen? Die Gemeindebehörden neigen zur zweiten Variante. Demnach würde in jedem der heutigen Gemeindehäuser mindestens eine Verwaltungseinheit untergebracht. Die Befürworter einer zentralen Verwaltung argumentieren demgegenüber, dass sich die Abläufe an einem einzigen Verwaltungsstandort effizienter und kostengünstiger gestalten lassen.

Unabhängig von der Form erachten die Gemeindebehörden die Schaffung von Bürgerschaltern als unerlässlich. Das sind Anlaufstellen, die von Verwaltungsallroundern bedient würden. Die Einwohnerinnen und Einwohner könnten ihre kleineren Anliegen und die Routinegeschäfte mit der Gemeinde im eigenen Dorf erledigen – genauso wie heute.

Die Abstimmungsfrage in jeder Gemeinde

AU

Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit von Fr. 350'000.– zu?

BALGACH

Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit von Fr. 214'500.– zu?

BERNECK

Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit von Fr. 179'000.– zu?

DIEPOLDSAU

Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit von Fr. 288'000.– zu?

WIDNAU

Wollen Sie den Gemeinderat beauftragen, alle notwendigen Abklärungen zu treffen und einen Vereinigungsbeschluss der Politischen Gemeinden Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau vorzubereiten, und stimmen Sie dem dafür notwendigen Projektkredit von Fr. 420'500.– zu?





HINWEIS

Die vorliegende Broschüre ist die Detailinformation zur Urnenabstimmung vom 17. Juni 2007. Zusätzliche Exemplare können auf den Gemeindeverwaltungen Au, Balgach, Berneck, Diepoldsau und Widnau bezogen oder auf der Homepage www.gemeinde-heerbrugg.ch (Rubrik Downloads) heruntergeladen werden.